

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



THOMAS FUCHS, ALT NATIONALRAT
UND GROSSRAT, PRÄSIDENT DER
SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
PRO LIBERTÄTE, BERN

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Vom Wahnsinn umzingelt

Das Steuerabkommen mit Deutschland verlangt, dass sich die Schweiz als neutraler Staat zum Steuereintreiber für eine fremde Nation degradiert. Ein fairer Kompromiss sieht anders aus und die deutsche Höchstforderung der Abgeltungssteuer von 41% wird zum Massstab für alle anderen Nationen. Logisch! Weit schlimmer wiegt aber, dass deutsche Finanzbeamte als Kontrolleure bei uns einmarschieren können. Liefern die bürgerlichen Politiker gegen fremde Richter noch Sturm, ist der Gegenwind gegen fremde Aufseher trotz enormer Folgekosten nicht einmal mehr lauwarm. Wilhelm Tell würde sich ob so viel Wahnsinn in unserem Lande und einer auf zehn Jahre rückwirkenden Aufhebung des Bankkundengeheimnisses im Grabe umdrehen. Das Bankkundengeheimnis ist im Endstadium, der automatische Informationsaustausch die baldige Folge. Heute zahlen die Ausländer, morgen wir. Was braucht es noch, bis die Schweizer die Notbremse ziehen?

Schluss mit der «Sparschraube Armee»

Neu soll der Ausgabenplafond künftig 4,5 Mia Franken pro Jahr betragen. Der Armeebestand soll auf nur noch 80'000 Armeeingehörige gesenkt werden. Für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge soll ein Spezialfonds geschaffen werden.

SCHWEIZERISCHER
UNTEROFFIZIERSVERBAND SUOV
ADJ UOF ALFONS CADARIO
CO-ZENTRALPRÄSIDENT
079 646 52 87

So geht es nicht!

PRO LIBERTÄTE und der SUOV verurteilen die jüngsten Planungsbeschlüsse des Bundesrats aufs schärfste. Im Wissen darum, dass die Parlamentsbeschlüsse in der Herbstsession 2011 gefällt wurden und sich die Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen vom Oktober 2011 bezüglich Armeeanliegen verschoben haben, versuchen Teile des Bundesrates, die Parlamentsbeschlüsse zu umgehen. Dies, indem sie dem VBS neue Planungsvarianten aufzwingen. Es sind Teile des Bundesrates selber, welche mit ihrem Vorgehen die Glaubwürdigkeit der Armee hintertreiben.

In 12 Jahren rund 3,5 Mia CHF eingespart

PRO LIBERTÄTE und der SUOV rufen dem Bundesrat in Erinnerung, dass die Schweizer Armee von 1998 bis 2010 jährlich hunderte von Millionen Franken eingespart hat. Kommunikativ gut verpackt in durchschaubare Worthülsen wie «gezielte Kürzungen V», «Entlastungsprogramm», «Aufgabenverzichtsprogramm AVP» oder «Stabilisierungsprogramm» wurden im genannten Zeitraum 3,472 Mia CHF eingespart. Jetzt sollen schon wieder mehrere hundert Millionen

auf dem Buckel der Sicherheit unseres Landes eingespart werden. Die Milizoffiziere- und Unteroffiziere der Armee sind es zudem definitiv leid, nach der Armeereform AXXI, dem Entwicklungsschritt 08/11, der Weiterentwicklung der Armee WEA und wie die Projekte alle heissen, schon wieder neue Planungsschritte- und Vorhaben mit einschneidenden Folgen zu Kenntnis nehmen zu müssen.

Gravierende Folgen für die Armee

Die Folgen des Entscheides sind für die Armee gravierend:

- einmal mehr wird die Planungssicherheit der Armee in Frage gestellt und durch andere Departemente massiv hintertrieben. Die Armee kann nur noch kurz- bis mittelfristig planen.

In dieser Ausgabe

- 2 Als die Welt an den Rand eines Atomkrieges geriet
- 3 Nord-Korea, quo vadis?
- 5 Buchempfehlung
- 6 Eine «Sätzlirechnung» im Wandel der Zeit
Demokratie nach «Schweizer Art»
- 8 Herbstanlass 2012



- Die Unentschlossenheit des Bundesrates hat für die Schweizer Armee grosse finanzielle und materielle Auswirkungen. Sie betreffen die Ausbildung der Armee, zukünftige Einsätze der Armee im In- und Ausland, zukünftige Rüstungsvorhaben und der Ersatz und die Neubeschaffung von Armeematerial.
- Mit der Finanzierung des Tiger Teilersatzes über einen Spezialfonds wird sich die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge um Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte, verzögern. Es ist zu befürchten, dass sich die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge dannzumal massiv verteuern wird. Der Aufschub gefährdet zudem andere zukünftige wichtige Rüstungsvorhaben auf Jahre hinaus.
- Die Schweiz wird mit dieser Unentschlossenheit in Bezug auf

den Tiger Teilersatz im Ausland als unzuverlässiger Partner wahrgenommen. Der Typenentscheid wurde durch den Bundesrat gefällt und bekannt gegeben. Hier stellt sich die Frage, ob der Entscheid in Unwissenheit über die finanziellen Konsequenzen gefällt wurde.

Forderungen

PRO LIBERTATE und der SUOV können das Vorgehen des Bundesrates nicht akzeptieren und fordern:

- die Einhaltung und Respektierung der Parlamentsbeschlüsse der Herbstsession 2011 die lauten: Festsetzung des Armeebestand auf 100'000 Angehörige und 5 Mia CHF Budget.
- Schluss mit der «Sparschraube Armee». Das Sparen auf dem Bu-

ckel der Schweizer Armee und der Sicherheit unseres Landes muss ein Ende haben!

- Die Armee braucht endlich einmal eine langfristige Planungssicherheit. Diese kann nur dann gewährleistet werden, wenn der Bundesrat die Beschlüsse der Herbstsession 2011 umsetzt.
- Die veraltete Tiger-Flotte muss ersetzt werden, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge darf nicht aufgeschoben werden.
- Aus grundsätzlichen Überlegungen ist der Armeebestand auf 120'000 Armeeeingehörige festzusetzen und das Jahresbudget der Armee muss 5,5 Mia CHF betragen.



Bild: zvg

■ Chruschtschow und Kennedy 1961 ■

DR. PHIL. ET LIC. IUR.
JOHANN ULRICH SCHLEGEL, ZÜRICH

Die von den USA vor 51 Jahren am 17. April 1961 inszenierte Invasion in der Schweinebucht auf Kuba führte zu einer so dramatischen Entwicklung der Weltpolitik, dass ein Jahr später die Sowjetunion und die USA um Haaresbreite einen Atomkrieg auslösten.

Der Angriff und sein Scheitern

1959 übernahm der kubanische Revolutionär Fidel Castro mit seinen Rebellen die Regierung Kubas. Sein Vorgänger, der Diktator Fulgenico Batista, war gestürzt worden. Castro begann die Prinzipien des Kommunismus anzuwenden: Land und Firmen gehörten nun dem Staat. Diese Massnahmen rekrutierten ein Heer von Oppositionellen. Grundbesitzer und Firmenbesitzer trafen sich im Exil wieder. In den mächtigen, auf Kuba enteigneten US-Unternehmen fanden sie gleichgesinnte Weggefährten: Dieses kommunistische Regime musste weg.

Als die Welt an den Rand eines Atomkrieges geriet

Der amerikanische Präsident John F. Kennedy stellte einerseits die Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba ein, andererseits lieferte er kein Erdöl mehr nach der Karibikinsel.

Genau damit aber trieb er Castro in die Arme der Sowjetunion. Sie füllte die Lücke, welche Amerika hinterliess.

Der amerikanische Geheimdienst CIA bildete in Guatemala, wohin viele Kubaner geflohen waren, eine exil-kubanische Geheimarmee aus. Sie nannte sich «Brigade 2506» und bestand aus rund 1500 Mann.

Von geheim konnte in der Realität keine Rede sein. Castro war über die Umtriebe Amerikas bestens informiert und vorbereitet.

Da nützte auch nicht, dass Kennedy fünf Tage vor der Invasion die Welt

rabenschwarz anlog: «Unter keinen Umständen wird eine Intervention in Kuba durch US-Streitkräfte stattfinden. Die US-Regierung wird alles tun, um sicherzustellen, dass keine Amerikaner in irgendwelche Aktionen innerhalb von Kuba involviert sind.»

Tatsächlich aber begannen zwecks Vorbereitung der Invasion drei Tage später B-26-US-Bomber im Tiefflug über Stützpunkte der kubanischen Streitkräfte zu fliegen und bombardierten diese. Eine ganze Reihe Bomber wurden prompt abgeschossen. Später wurden die Piloten zweifels-

- Schweinebucht mit Hinweisschild auf die Schlacht an der Playa Larga 1961 ■



Bild: zvg

frei als US-Bürger identifiziert. Die US-Flugzeuge waren, abermals eine grosse Lüge, mit kubanischen Hoheitszeichen versehen worden. Es sollte der Anschein eines innerkubanischen Konfliktes erweckt werden. Die Amerikaner und ihre kubanische Brigade blieben voller, naiver Zuversicht. Am 17. April landeten die Invasoren an der Südküste Kubas in der Schweinebucht. Kaum an Land gegangen, jagte die nur geringfügig versehrte kubanische Luftwaffe über sie hinweg. Zwei Kriegsschiffe der Angreifer wurden von Castros Bombern erwartet und versenkt. 20'000 hochmotivierte kubanische Soldaten erwarteten mit Artillerie und Panzern die rund 1000 Invasoren, die infolge der Brandung und der Unwirtlichkeit der Küste – auch hier hatte die Vorbereitung der CIA versagt – bereits grosse Probleme allein schon mit dem Landgang hatten. Nach nochmals drei Tagen war klar, das Unternehmen war gescheitert. 1189 Mann der «Brigade 2506» gerieten in Gefangenschaft. 114 waren gefallen oder ertrunken.

Gipfel geheimdienstlichen Unvermögens

Die Operation «Schweinebucht» gilt welthistorisch als Gipfel geheimdienstlichen Unvermögens. Lyman Kirkpatrick, Chefinspektor der CIA, nannte in einem späteren Untersuchungsbericht das Unternehmen schlicht «wahnsinnig». Der Geheimdienst sei einfach vorangeprescht, «ohne zu wissen, was er tat». Nun lag ein beträchtliches Unvermögen auch auf Seiten des Präsidenten Kennedy. Es hilft wenig, wenn er die Behauptung verbreitete, er sei eben getäuscht und in die Irre geführt worden. Denn er drängte seine Geheimdienste zu schnellen



Bild: zvg

Erfolgen, gepaart mit persönlicher Neigung zu übermässigem Aktivismus. Gab es 1954 bis 1960 noch rund 170 Geheimaktionen der USA in 48 Staaten, so wurden es unter Kennedy in nur drei Jahren knapp doppelt so viele.

Die weltpolitische Verstrickung

Die politischen Folgen des Schweinebucht-Abenteuers wurden gravierend. Auf allen Seiten, Amerika, Kuba und Russland, ist zu beobachten, wie es darum ging, keinen Zoll nachzugeben. Für das gedemütigte Amerika und seinen Präsidenten stand fest, dieser Fidel Castro musste jetzt erst recht weg. Der sowjetrussische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow wählte sich genau so in einer Glaubwürdigkeitsfalle. Ein Verlust Kubas würde das sowjetrussische Ansehen weltweit beschädigen. Fidel Castro wiederum sah sich in seiner kommunistischen Machtposition gestärkt und baute darauf, dass gerade der Kommunismus die USA von einer

■ Revolutionstruppen 1961 bei der Abwehr der Invasoren. ■

neuerlichen Invasion abhalten könne. So mündete denn dieser noch klein gehaltene Konflikt in jene Eskalation, in welcher ein Jahr später, 1962, atomstarrende Sprengköpfe der Supermächte USA und Sowjetrußland sich in der Karibik gegenüberstanden. Haarscharf ging damals die Welt an einem atomaren dritten Weltkrieg vorbei. Im letzten Moment hatte der Polterer Chruschtschow aufgegeben und mit Sack und Pack seine Armada von Kuba abgezogen. Aber er verlor letztlich damit auch seine Position als Vorsitzender der KPdSU und als Ministerpräsident Sowjetrußlands. John F. Kennedy wurde erschossen. Fidel Castro hingegen überlebte beide. Kuba wird gerade in Lateinamerika auch als der kleine David gesehen, der den Riesen Goliath besiegte. Seit über einem halben Jahrhundert ist Castro im Amt, während zehn US-Präsidenten bis zu Barack Obama im Weissen Haus sassen.



Bild: zvg

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Das gesamte Leben dort war in letzter Zeit auf den 15. April konzentriert, dem 100. Geburtstag des

NORD-KOREA, QUO VADIS



«grossen Führers» Kim Il-sung und dem Macht-Ausbau seines Enkels, dem neuen Diktator Kim Jong-un. Reibungslos verlief dessen Ernennung dem Vorsitzenden der Zentralen Militär-Kommission – dem eigentlichen Führungszentrum des Regimes. Bei der Wahl zum Vorsitzenden der kommunistischen Arbeiterpartei indes erhielt er nicht den erwarteten Titel «Generalse-

kretär» wie sein Vater, sondern nur «Erster Sekretär». Machtmächtig ist es dasselbe, doch die Verweigerung der bei allen kommunistischen Parteien üblichen Bezeichnung deutet auf Widerstand in der alten Genossen-Garde. Als Höhepunkt aller Feierlichkeiten galt der Start jener Langstreckenrakete «Un-ha-3» am 13.4., der bekanntlich nach 90 Sekunden endete. Erst fünf Stunden später meldete das Fernsehen neutral, es sei «nicht gelungen, den Satelliten in eine Umlaufbahn zu bringen». Bilder vom Zerschlagen der Rakete haben die Nordkoreaner bis jetzt nicht gesehen...

Diese Entwicklung war von allen Ländern scharf verurteilt worden, gerade auch von China – angesichts seiner wachsenden Probleme benötigt es Ruhe in Fernost. Westliche Sicherheitsstellen erachten es für nicht unmöglich, dass beim Fehlstart ein Geheimdienst nicht unbeteiligt war. Die Russen werden es nicht gewesen sein, sie haben kaum Verbindungen in das Reich Kim Jong-uns. Die CIA verfügt über ungeahnte technische Möglichkeiten, doch werden sie im nordkoreanischen Atomzentrum kaum einen Spion haben. Es bliebe nur Pekings Geheimdienst, der ohnehin das beste Wissen über seinen – ungeliebten – Nachbarn hat und erfahrungsgemäss keinerlei Skrupel kennt. Für Kim Jong-un bedeutete der Tag jedenfalls eine grosse Blamage; hatte er nach offiziellen Angaben doch «persönliche Ratschläge» bei den Vorbereitungen zum Raketenstart gegeben! Wollte er seine Position stärken, so wird sie jetzt geschwächt sein. In seiner Rede bei der massiven Militärparade erwähnte er das Raketen-Desaster mit keinem Wort. Schwerpunkt aller Politik bleibt das Militär: «Um eine starke sozialistische und blühende Nation zu errichten, sollten wir die Volksarmee als erste, zweite und dritte Priorität stärken!» Natürlich fehlte am Schluss seiner Rede nicht die Phrase «Vorwärts zum Endsieg!». Schon zur Festigung muss er die Niederlage vom 13. April baldigst wettmachen. Experten rechnen innert ein-zwei Monaten mit einem unterirdischen Nukleartest bei Punggy-ri (nördliche Hamgyeong-Provinz). Wenn der Raketen-Start auch misslang, stellte er einen Verstoss gegen UNO-Resolutionen dar. In einer weiteren wird der UN-Sicherheitsrat Nord-Korea erneut verurteilen, wobei recht aufschlussreich sein wird, ob China sein Veto einlegen wird. Doch was werden die vielleicht verhängten Sanktionen konkret bewirken? In seinem Bestreben, in Nord-Korea einen Pufferstaat gegen Süd-Korea und speziell die USA zu haben, wird China bei aller Ablehnung der Atomaufrüstung Pjöngjangs alles für dessen Existenz tun. Aber ob es das völlig korrupte Regime dort für immer von einem Kollaps bewahren kann? Doch selbst an seinem 100. Geburtstag erfahren die Nordkoreaner nicht die Wahrheit über das Leben Kim Il-sungs: Wohl ist er im Dorf Manjong geboren, doch sein eigentlicher Name lautete Kim Sung-Joo. Der wahre Kim Il-sung war ein legendärer Held im koreanischen Widerstand gegen die japanischen Kolo-

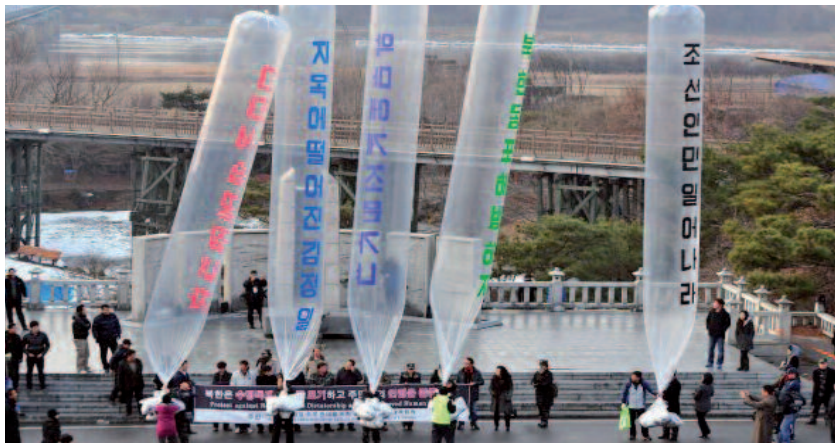


Bild: zvg

■ In riesengrossen Luftballons lassen Gruppen nordkoreanischer Flüchtlinge allmonatlich 200'000 bis 300'000 Flugblätter von der Nähe der Demarkationslinie aus in ihre Heimat fliegen. Am 15. April waren es 200'000. Sie wiesen darauf hin, dass die Kosten der Langstreckenraketen und des Starts nach Ansicht von Militär-Experten etwa 850 Millionen US-Dollar kosteten – mit dieser Summe könnten 20 Millionen der insgesamt 24 Millionen Nordkoreaner ein ganzes Jahr ernährt werden... ■

nialmacht, in dessen Identität er schlüpfte. Da im damaligen Untergrund kein Photo von diesem existierte und sein Tod 1921 unbekannt blieb, war es relativ einfach für ihn, unter dessen Nimbus viele Anhänger zu gewinnen. Seine Familie war bald in die Mandschurei geflohen; dass er dort Mitglied der KP China wurde behauptet eine frühere Selbst-Biographie, eine neuere hingegen streitet dies energisch ab. Nach der Besetzung durch die Japaner rettete Kim sich in die Sowjetunion und lebte im sibirischen Dorf Watsukop bei Chawarows am Amur-Fluss. Seine damaligen «heldenhaften Partisanenkämpfe» am «heiligen Berg» Paektu (dem Geburtsort Koreas) sind reine Propaganda. Unwahr ist ebenfalls die ständige Behauptung, Kim habe «Korea von den Japanern befreit»: Er kam erst Mitte September 1945 in sowjetischer Majorsuniform in seine Heimat zurück, längst hatte Tokio vor den USA kapituliert. Kim Il-sung war auch nie der Gründer der kommunistischen Partei Koreas, wie es heute heisst. Nach einem Werk

der nordkoreanischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahre 1961 bildete diese sich bereits am 17. September 1925 in Seoul, wenngleich sie von den Japanern weitgehend zerschlagen wurde. September 1945 entstand dann die «Koreanische Kommunistische Partei», die im Sinne der kommunistischen «Volksfront»-Idee sich ein Jahr später in «Arbeiterpartei Koreas» umbenannte. Kim blieb dabei längere Zeit in zweiter Reihe, nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht «verschwanden» seine Rivalen und er selbst kam in die Führungsspitze. Völlig verschwiegen wird im Norden Koreas auch seine grösste (Un-) Tat, dass er nämlich im Frühsommer 1950 Stalin ein überaus falsches Bild über die «revolutionäre Lage» in Süd-Korea vermittelte, welcher ihm dann sein Placit zum Kriegsüberfall gab, der zu einem drei Jahre langen opferreichen Bürgerkrieg führte. Gewiss kam es 1953 zum Waffenstillstand, doch auf die Wiedervereinigung und einen echten Frieden in ihrem Lande warten die Koreaner noch immer...

www.staatsverträge.ch

Schweizer Demokratie macht Freude!



Darum Ja

17. Juni 2012
Staatsverträge
vors Volk

BUCHEMPFEHLUNG



JAKOB GROB, CHUR

Ein brisantes Thema ist der 1. Weltkrieg von 1914 bis 1918 sowie der 2. Weltkrieg von 1939 bis 1945, welcher in Hitlers Kopf schon in den Jahren ab 1920 geplant wurde. Die Gründung der NSDAP «Nationalsozialistische-Deutsche-Arbeiterpartei» war der erste Vorbote. Anfangs der Dreissiger-Jahre hatte Hindenburg sein Amt an Hitler übergeben



Im Bericht werden Missstände aufgezeichnet, welche oft von den Politikern und Managern nicht wahrgenommen werden. Einige Verbesserungs-Vorschläge zeichnet der Verfasser auf. Im Vordergrund wird die Gründung der Schweiz im Jahre 1848 mit dem Regierungssystem, der Demokratie und die Aufgabe des Bundesrates kurz durchleuchtet. Der Verfasser des Buches macht sich einige persönliche Gedanken über gewisse Missstände im Regierungssystem und er versucht, Verbesserungsvorschläge aufzuzeichnen. Der 3. Teil im Buch streift die wirtschaftliche Entwicklung im Aufbau,

Die Schweiz Zwei Weltkriege und die hinterlassenen Spuren

und Hitler riss sämtliche staatlichen Ämter an sich, inklusive das Amt des Oberbefehlshabers der Armee. Damit hatte er alle Fäden in seiner Hand und somit wurde er der perfekte Diktator von Deutschland. In einem Zwischenbericht beschreibt der Verfasser in einigen kurzen Darstellungen, wie er den 2. Weltkrieg als 1934 Geborener persönlich erlebt hat und wie er für sein zukünftiges Leben dadurch geprägt wurde. Ein Thema ist der wirtschaftliche Aufschwung bis 1975, wonach eine Krise einbrach, welche sich aber nie wieder auf natürliche Weise erholte. Es begann eine unendliche Schuldenmacherei bei den Ge-

meinden, Kantonen bis hinauf zum Bund bis unsere hohen Räte teilweise die Augen öffneten und der rigorosen Schuldenmacherei ein Ende setzten.

Ein Blick über die Grenze mit der Entwicklung in Deutschland und die Grenzöffnung zur DDR sind ein brisantes Thema.

Anschliessend zeichnet der Verfasser einen Querschnitt durch die Wirtschaft, Spitzenleistungen und Ereignisse auf. Dann folgen Schicksalsschläge, Unfälle, Terrorismus, Entwicklungen und Entscheidungen in der Politik. Abschliessend folgt eine Auflistung von unseren Spitzensportlern ab dem Jahr 1905 bis 1998.

Die Schweiz Zwischen 1848 und 2007

Erfolg und Abgrund. Ein Kurz-Porträt von 11 erfolgreichen Schweizer-Unternehmen von der Gründung bis in die Gegenwart zeigt die Probleme, welche die Betriebe zu verkraften haben. Ein Abschnitt behandelt die wichtige Rolle der KMU-Betriebe in unserem Wirtschaftssystem. Beleuchtet wird auch das Wirtschaftswachstum im Einklang mit dem Wohlstand und der Natur. Wohin führt das laufend prognostizierte Wachstum? Ist es nicht ein sehr kurzfristiges Denken? Seit ca. 1975 bis heute erhöhte sich die Schuld bei Bund um rund 100 Mrd. Franken, teilweise zu Gunsten des Wirtschaftswachstums, aber zu Ungunsten der Sozialwerke. Europa steckt heute in einer kaum lösbaren Schuldenfalle, welche der Verfasser des Buches bereits im Jahre 2007 prophezeit hat.

Im Kapitel 3.1 macht man sich Gedanken über einige wirtschaftliche Ungereimtheiten, welche für den Betreiber wohl lukrativ sind. Wird aber die Rechnung mit aller Konsequenz durchgezogen, ergeben sich für die Gesamtwirtschaft rote Zahlen. Der Abschnitt 4 durchleuchtet die EU mit den Themen: Entwicklung, Zitate, Reglementierungswut und wirft einen Blick nach Osteuropa. Weitere Themen sind: Die Energieversorgung, der Unfug mit dem Abfall, der soziale Wert der Familie und die Probleme mit dem Asylwesen. Abschliessend sind einige Zukunftsvisionen und Zitate aufgezeichnet. Das Buch soll den Leser zum Nachdenken mobilisieren, unter dem Motto: «Versorge und ernähre dich in erster Linie von den Produkten, welche vor deiner Haustüre wachsen».



Ernst Frei

Noch im August 2011 stellten wir sein Buch «Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945» vor. Nun ist Ernst Frei im hohen Alter von 94 Jahren verstorben. Der Autor hat Sachbücher, Romane und Kurzgeschichten veröffentlicht und absolvierte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges als Unteroffizier die Flieger RS III/39. Er hat insgesamt 1'095 Tage Aktivdienst geleistet. PRO LIBERTATE hat

sich aufgrund der grossen Nachfrage an einer Neuauflage des Buches «Erlebter Aktivdienst» beteiligt und ermöglicht Ihnen heute nochmals, das Buch zu einem Spezialpreis von 29 Franken mit untenstehendem Talon zu bestellen. Nutzen Sie diese Gelegenheit, im stillen Andenken und in Würdigung der grossen Leistungen von Ernst Frei.

Für Ihre Buchbestellung benutzen Sie bitte den Talon auf Seite 8

Eine «Sätzlirechnung» im Wandel der Zeit

Primarschule im Jahr 1950: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Franken. Die Erzeugungskosten betragen vier Fünftel des Erlöses. Wie hoch ist der Gewinn?

Sekundarschule 1975: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Franken. Die Erzeugungskosten betragen 16 Franken. Berechne bitte den Gewinn.

Gymnasium 1984: Ein Bauer verkauft eine Menge Kartoffeln (K) für eine Menge Geld (G). G hat die Mächtigkeit 20. Für die Elemente g aus G:g ist 1 Franken. In Strich-

mengen müsstest du für eine Menge G zwanzig Strichlein machen (IIIIIIIIIIIIIIIIIIII), für jedes Element eines. Die Menge der Erzeugungskosten (E) ist um vier (IIII) Strichlein weniger mächtig als die Menge G. Zeichne das Bild der Menge E als Teilmenge der Menge G und gib die Lösungsmenge (L) an für die Frage: Wie mächtig ist die Gewinnmenge?

Integrierte Gesamtschule 1994: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Franken. Die Erzeugungskosten betragen 16 Franken, der Gewinn beträgt 4 Franken. Aufgabe: Unterstreiche das Wort «Kartoffeln»

und diskutiere mit einem Nachbarn darüber.

Weiter reformierte Schule 2000: ein kapitalistisch-privilegierter agrarkultivator bereichert sich auf unsoziale Weise an einem sack kartoffeln um 4 euromark (kartoffeln: gemüse, das bis ans ende der achtziger jahre in mühsamer handarbeit als nahrungsmittel zubereitet wurde, dient heute gentechnologisch geschmacksverändert als grundlage zu chips). zeig in kreativer form deine empörung über das verhalten des kultivators und demonstrier mit deiner klasse gegen die lösung.

6
7



WERNER GARTENMANN, EHEMALIGER PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG PRO LIBERTÄTE, MATTEN BEI INTERLAKEN

Der Schweizer Wirtschaftsprofessor Bruno S. Frey kommt zum Schluss: «Je demokratischer und föderalistischer das System, desto zufriedener sind die Menschen». Viele Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU) hätten gerne politisches Mitspracherecht «nach Schweizer Art». Sie würden noch so gerne ja sagen zur Initiative «Staatsverträge vors Volk!», wenn sie nur um ihre Meinung gefragt würden. Wohin zu wenig Demokratie führt, sehen wir täglich in den EU-Staaten: Streiks, Demonstrationen (Griechenland, Spanien ...). Tragen wir also Sorge zu unserer einzigartigen direkten Demokratie, damit wir auch morgen noch mitentscheiden können!

Sinnvoller Ausbau der Mitsprache

Der Druck durch internationales Recht auf die Schweiz wird zunehmend stärker – das ist eine Tatsache. Unsere direkte Demokratie ist aber auf diese Entwicklung schlecht gewappnet. Deshalb braucht es eine sinnvolle Weiterentwicklung. Die Staatsvertrags-Initiative verlangt, dass folgenschwere Verträge Volk

Demokratie «nach Schweizer Art»

und Ständen zur Beurteilung vorgelegt werden müssen, wenn sie uns zwingen

- fremdes Recht und noch unbekanntes künftiges Recht zu übernehmen
- fremde Richter und Gerichte zu anerkennen
- Einmalzahlungen von einer Milliarde Franken oder wiederkehrende Zahlungen von mehr als 100 Millionen Franken ins Ausland zu leisten

Demokratie stärken statt unterwandern

Gegner der Staatsvertrags-Initiative behaupten, der Ausbau der «besten Demokratie» nach Schweizer Art sei unnötig und wäre sogar schädlich. Gleichzeitig haben sie den Abbau der Volksrechte bereits eingeleitet: In Zukunft sollen eidgenössische Volksinitiativen als ungültig erklärt und nicht mehr zur Abstimmung zugelassen werden, wenn sie der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) widersprechen. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken und die direkte Demokratie zu stärken, braucht es ein kräftiges Ja zur Staatsvertrags-Initiative.

Wie viel darf Demokratie kosten?

Niemandem ist es bisher eingefallen, nach den Kosten von Volksabstimmungen der letzten Jahre zu fragen. Aber bei internationalen Verträgen und Zahlungen ins Ausland soll das nun plötzlich eine zentrale Frage sein. Man will dem Volk einreden, dass Schweigen kostengünstiger sei als

demokratisches Mitreden! Zugegeben: Die Staatsvertrags-Initiative kann zu einem zusätzlichen Abstimmungstermin pro Jahr führen. Das kostet etwa acht Millionen Franken – ein Betrag, der aber dem finanziellen Schaden gegenübergestellt werden muss, den nachteilige Staatsverträge und fragwürdige Milliardenzahlungen ins Ausland kosten können.

Millionenkampagne gegen Volksmitsprache

Mit einer Millionenkampagne wird versucht, mehr Volksmitsprache in der Aussenpolitik zu verhindern. Warum dieser Aufwand? Aus Angst vor der Stimmbürgerschaft!

Darum wird behauptet, mehr politische Mitsprache vernichte Arbeitsplätze. Wessen Arbeitsplätze? Jene der Grenzgänger und Einwanderer? Noch nie haben Schweizerinnen und Schweizer mit Urnenentscheiden ihre eigenen Arbeitsplätze gefährdet. Ein Mitte-links-Parlament hätte sicher die wirtschaftsschädigende Initiative «6 Wochen Ferien für alle» eingeführt ... das Volk hat aber volkswirtschaftliche Verantwortung übernommen (Beispiel: 35-Stundenwoche der Sozialisten in Frankreich!). Überall fordert die Politik von uns Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung, beim Energiesparen, bei der Gesundheit ... aber ausgerechnet in der Aussenpolitik sollen wir keine Verantwortung tragen dürfen.

Die Einführung direktdemokratischer Instrumente im 19. Jahrhundert war kein Hemmnis für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der

Schweiz. Die stärker ausgebauten Volksrechte sorgten im Gegenteil dafür, dass die Bevölkerung den Prozess der Industrialisierung stärker mittrug und auch beeinflussen konnte. Zentral war, dass sich die Demokratie von unten nach oben entwickelte, ausgehend von einer genossenschaftlich fundierten Gemeindeautonomie, deren Wurzeln bis ins Spätmittelalter zurückreichen. Einige Kantone erkämpften sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach intensiven Auseinandersetzungen mehr Volksrechte, konkret das Referendum und die Initiative, und dies Bezug nehmend auf das Vorbild der Landsgemeinde. Dann folgten alle weiteren Kantone, bis am Schluss auch noch die Bundesebene dazukam, wo 1874 das Referendum und 1891 die Verfassungsinitiative eingeführt wurden. Als Folge des Gotthardvertrages von 1909 wurde 1921 das Staatsvertragsreferendum erstmals eingeführt (für unbefristete oder für eine Dauer von mehr als 15 Jahren abgeschlossene Staatsverträge). 1977: Grundlegende Überarbeitung des Staatsvertragsreferendums. Ausdehnung des fakultativen Staatsvertragsreferendum: Beitritt zu einer internationalen Organisation, multilaterale Rechtsvereinheitlichung. Obligatorisches Referendum: Beitritt zu supranationalen Gemeinschaften, Organisationen der kollektiven Sicherheit. Es ist nun an der Zeit, dass wir das Staatsvertragsreferendum an die neuen Begebenheiten anpassen – nicht mehr und nicht weniger. Weiter wird behauptet, die Initiative «Staatsverträge vors Volk!» behindere den Bundesrat in der Aussenpolitik. Ganz im Gegenteil: Mit Mehrheitsentscheidungen des Souveräns stärken wir dem Bundesrat den Rücken!

Stärken, was sich bewährt hat

Ob eine Regenbekleidung «wasserdicht» ist oder ob ein Gebäude Wind und Wetter trotzen kann, zeigt sich erst bei schlechten Verhältnissen. Unsere direkte Demokratie hat sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise bestens bewährt – im Gegensatz zu den ausländischen Parlamenten und Technokraten-Behörden. Also machen wir uns fit für die Zukunft.

Dank unserer dauernden politischen Mitsprache «nach Schweizer Art» steht heute unser Land in jeder Hinsicht klar besser da als die EU mit ihren Mitgliedstaaten. In der Fi-

nanz- und Schuldenkrise zeigten sich die Stärken der direkten Demokratie. Davon profitiert auch die Wirtschaft. Ein kraftvolles Ja am 17. Juni 2012 wird dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Gegen das Diktat ausländischer Technokraten

Internationale Abkommen sind der Hebel, um die Schweiz «automatisch» neuem EU-Recht zu unterwerfen, ohne dass sich das betroffene Volk und die Kantone dagegen wehren können. Zudem will Brüssel die souveräne Schweiz den EU-Gerichten unterstellen.

Zunehmend nimmt die Aussenpolitik auf die Innenpolitik Einfluss, das heisst auf unser Leben.

Gleichzeitig drohen immer mehr Geldforderungen und Erpressungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU. Die Folgen sind klar: Sinnlose Gesetze, höhere Steuern, noch weniger Mitsprache ...

Gegen den schleichenden EU-Beitritt

Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre seit dem EWR-Nein zeigen: Immer mehr EU-Recht verdrängt schweizerisches Recht. Bereits jetzt haben Volk und Stände zu neuem Schengen-Recht und zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit nichts mehr zu sagen. Mit weniger Mitsprache, weniger Sicherheit im eigenen Land und höherem Lohndruck geraten wir ungefragt immer tiefer in den EU-Euro-Strudel. Es wird allerhöchste Zeit, diesem schleichenden EU-Beitritt mit einem Ja zur Initiative «Staatsverträge vors Volk!» entgegenzutreten!

Schweigen und zahlen, das ist keine Demokratie

Die Schweiz steht vor wichtigen Herausforderungen in verschiedensten ausserpolitischen Bereichen:

- Energie
- Wasserressourcen
- Landwirtschaft
- Umwelt-, Alpen- und Tierschutz
- Verkehr (Lastwagentransit)
- Erweiterung der Personenfreizügigkeit (Zuwanderung)
- Ausländer- und Asylpolitik
- Steuerpolitik
- Sicherheitspolitik und internationale Armeeeinsätze
- Geldforderungen für die Euro-Rettung.

Der think tank foraus, Forum für Aussenpolitik, kämpft gegen die Mitsprache in der Aussenpolitik. Eines

der seltsamsten Argumente der Gegner einer stärkeren Mitsprache lautet: «Davon versteht der kleine Mann auf der Strasse nichts.» Komplexe ausserpolitische Zusammenhänge seien viel zu anspruchsvoll für das Stimmvolk. Zum Bezahlen der Folgekosten allerdings sind die kleinen Leute selbstverständlich gescheit genug. Weiter argumentieren die Gegner, die Staatsvertrags-Initiative löse eine Flut von Abstimmungen aus und somit sei seriöse politische Auseinandersetzung nicht mehr möglich. Zudem sprechen sie sich gegen eine Mitsprache der kleinen Kantone aus ...

Gegen Anmassungen der «Elite»

Der Schweizer Diplomat und Politologe Johannes B. Kunz schreibt in seinem Buch «Der letzte Souverän und das Ende der Freiheit» (Verlag NZZ):

«Es gibt keine überzeugende Erklärung dafür, warum ein demokratischer Souverän» (nach schweizerischer Verfassung Volk und Stände) «nicht in der Lage sein sollte, die Regeln seines Einbezugs in das internationale System zu bestimmen. Die Anmassung der Eliten, allein dazu in der Lage zu sein, mindert nicht nur den Wohlstand der Menschen, sondern ist zuallererst eine Aushebelung des Souveräns und damit eine grosse Gefahr für die Freiheit.»

Unsere Volkrechte ermöglichen eine Volksinitiative welche fordert, dass jede Gemeinde im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung Schneeschaukeln anschaffen muss. Diese Forderung müsste zwingend Stimmvolk und Kantonen vorgelegt werden. Warum aber sollen folgenschwere und teure Staatsverträge nicht obligatorisch den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kantonen vorgelegt werden müssen!

Die schweizerische Gewaltenteilung wieder herzustellen – oben das Volk, danach die Bundesversammlung und an dritter Stelle der Bundesrat – das ist das Anliegen der Staatsvertrags-Initiative. Mit einem Ja wird die ausserpolitische Glaubwürdigkeit der Schweiz gestärkt. Nur wer das Stimmvolk hinter sich weiss, kann im Interesse des Landes handeln! Deshalb:

Ja
am 17. Juni 2012 zur
Staatsvertrags-Initiative!

Homepage: www.staatsverträge.ch

**Wichtig:
jetzt schon
in Ihrer
Agenda notieren**



HERBSTAUSFLUG

Freitag, 28. September 2012 (Raum Zentralschweiz)

Die Bestrebungen von **PRO LIBERTATE** für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

- Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE
- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Literatur zum Bestellen:

- Senden Sie mir Expl. «**Das Dschihad-System: In Allahs Namen**» zum Preis von Franken 30.–
- Senden Sie mir Expl. «**General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art**» zum Preis von Franken 45.–
- Senden Sie mir Expl. «**Freier Fels in brauner Brandung**» zum Spezialpreis von Franken 26.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir Expl. «**Weltgeschichte im Hochgebirge**» zum Preis von Franken 59.–
- Senden Sie mir Expl. «**Honeckers Handschlag**» zum Preis von Franken 50.–
- Senden Sie mir Expl. «**Uniformenabzeichen und Embleme der Schweizer Armee**» zum Preis von Franken 10.–
- Senden Sie mir Expl. «**Armeekalender**» zum Preis von Franken 20.– + Porto
- Senden Sie mir Expl. «**Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer**» für Franken 8.–
- Senden Sie mir Expl. «**Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945**» für Franken 29.–
- Senden Sie mir Expl. «**Für die freie und wehrhafte Schweiz gegen deren Feinde**» für Franken 35.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz: Zwei Weltkriege und die hinterlassenen Spuren**» für Franken 24.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz: Zwischen 1948 und 2007**» für Franken 27.–

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

3.12

Prüfungserfolg



Das Obergericht des Kantons Bern hat am 20. April 2012 47 Prüfungsabsolventinnen und -absolventen das bernische Anwaltspatent erteilt. Im Rahmen der Patentierungsfeier sprach Dr. Lorenz Meyer, Präsident des Bundesgerichts, zu den neu Patentierten. Das Duo Little Wings sorgte für die musikalische Umrahmung der Feier. Der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE gratuliert dem neu patentierten Rechtsanwalt, Patrick Freudiger, herzlich zur bestandenen Anwaltsprüfung.

Wir sind stolz einen jungen und fähigen Anwalt als Vizepräsidenten in unserem Kreise zu wissen.

Lange ist's her:



■ ■ Frau in der Armee,
Ausgabetag 8.3.1965 ■ ■

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat
Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6-8x jährlich. Leserschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Sylvia Lafranchi-Haas, 3006 Bern
Nathalie D'Addezio, 3006 Bern